

# 177 27.9.2011 **Selektiv spendabler Nationalrat**

*Aufstockung der bundesrätlichen Kulturbotschaft um 51,6 Millionen Franken*

Mehr Geld für die Denkmalpflege und für den «Leuchtturm» Film: Der Nationalrat hat die Kulturbotschaft des Bundesrats um 51,6 Millionen Franken aufgestockt. Es kamen Zustüpe für einzelne Museen dazu, nicht aber für die Pro Helvetia.

*Martin Senti, Bern*

Kulturförderung der öffentlichen Hand ist in erster Linie Aufgabe der Kantone, Städte und Gemeinden. Die Rolle des Bundes bleibt subsidiär, daran ändert auch das neue Kulturförderungsgesetz nichts. Das schien am Montag im Rahmen der Nationalratsdebatte zur Kulturbotschaft indes nicht immer allen Ratsmitgliedern so ganz klar zu sein. Traktandiert waren acht Finanzierungsbeschlüsse für die Kulturpolitik des Bundes 2012 bis 2015. Der Bundesrat hatte im Frühjahr insgesamt 6379 Millionen Franken für die vier Jahre beantragt. Der Ständerat stockte den Betrag im Sommer um 30 Millionen Franken auf, zugunsten von Heimatschutz und Denkmalpflege, Film sowie für die Kulturstiftung Pro Helvetia – der Mehr-

betrag für die Stiftung scheiterte dann aber an der Ausgabenbremse, sonst wären es 38 Millionen gewesen. Nun hat sich auch der Nationalrat spendabel gezeigt, zumeist entgegen den Anträgen seiner Kommissionsmehrheit.

Der grösste Brocken kam gleich am Anfang: Der Nationalrat erhöhte den Rahmenkredit für Heimatschutz und Denkmalpflege auf 125 Millionen Franken – das sind 20 Millionen Franken mehr, als der Ständerat beschlossen, und sogar 40 Millionen mehr, als der Bundesrat beantragt hatte. Namens der Mitte-Links-Minderheit betonte Jean-François Steiert (sp., Freiburg), dass es um Treu und Glauben im Verhältnis zu den Kantonen und Städten gehe. Auch aus den Fraktionen der FDP und der CVP war von Verbundaufgaben die Rede, welche der Bund im Rahmen der NFA schon längst eingegangen sei.

Auch bei der Filmförderung wollte der Nationalrat – anders als seine vorbereitende Kommission – nicht als knauserig gelten. Er folgte dem Ständerat und erhöhte hier den Zahlungsrahmen gegenüber der bundesrätlichen Fassung um 10 Millionen Franken – also um 2,5 Millionen jährlich. Katharina Prelicz-Huber (gp., Zürich) erklärte, der Mehrbedarf sei für die Digitalisierung der

Kinos sowie für die erfolgsabhängige Filmförderung vorgesehen. Gerade für kleine Landkinos seien die Gelder für die Digitalisierung dringlich, doppelte Marianne Kleiner (fdp., Appenzell Ausserrhodan) nach: «Das ist Regionalpolitik im besten Sinne.» Zudem habe der Bundesrat die Gelder schon zu früherem Zeitpunkt versprochen. Bundesrat Didier Burkhalter seinerseits widersprach dem Vorwurf nur halbherzig. Der Bundesrat habe sich an die Finanzplanung gehalten, sagte Burkhalter und redete dann über die künftige Förderpolitik für den «Leuchtturm Film». Die Minderheit setzte sich mit 98 gegen 61 Stimmen durch. Einzig die SVP stimmte dagegen. Auch mit 10 Millionen mehr werde die Schweiz nicht zu einem «zweiten Hollywood», sagte Oskar Freysinger (svp., Wallis).

Zu einem wahren Feuerwerk an Begehrligkeiten kam es beim Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des Bundesamts für Kultur (BAK). Dank einer von Maja Graf (gp., Baselland) vertretenen und im Plenum erfolgreichen Kommissionsminderheit darf nun die Stiftung Sportmuseum Schweiz auf 600 000 Franken Bundesgelder für die kommenden vier Jahre hoffen, ferner sprach der Nationalrat 1 Million Franken für das

Alpine Museum. Keine Mehrheiten fanden indes Förderbeiträge für das (übrigens auch vom Ständerat nicht berücksichtigte) Projekt «Succès Livre», für die Kultur der Jenischen, für die Sozialversicherung von Künstlern sowie für die musikalische Bildung von Kindern und Jugendlichen.

Auch beim Zahlungsrahmen für die Pro Helvetia schliesslich blieb der Nationalrat bei den vom Bundesrat beantragten 140,4 Millionen Franken. Ein Minderheitsantrag, der analog zum materiellen Beschluss des Ständerats eine Aufstockung um 8,6 Millionen Franken verlangte, unterlag mit 72 gegen 90 Stimmen. Allerdings lehnte das Plenum auch einen Antrag aus den Reihen der SVP ab, welcher der Kulturstiftung eine fixe Ausgabenquote für die «Volkskultur» aufzwingen wollte. Das sei unnötig, erklärte Bundesrat Burkhalter: Er habe am Neuenburger Winzerfest soeben Volkskultur erlebt, die problemlos ohne Bundesgelder auskomme.

Die übrigen Finanzierungsvorlagen (Kulturgütertransfer, Verständigung und Sprache, Nationalphonotheek und Nationalmuseum) wurden diskussionslos entsprechend der Kulturbotschaft des Bundesrats beschlossen. Die Vorlagen gehen zurück an den Ständerat.